

Agrarpolitische Positionen der LINKEN Sachsen Positionspapier für eine multifunktionale, sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Landwirtschaft in Sachsen

Beschluss der gemeinsamen Beratung von Landesvorstand, Landesrat und Kreisvorsitzenden am 4. Februar 2017

Beschluss:

1. Die gemeinsame Beratung von Landesvorstand, Landesrat, Kreisvorsitzenden und Fraktionsvorstand bestätigt die Agrarpolitischen Positionen von ADELE. Sachsen.
2. Gemeinsam mit anderen Dokumenten zur Agrarpolitik werden die Agrarpolitische Positionen in einer Broschüre veröffentlicht.
3. Die Fraktion der LINKEN im Sächsischen Landtag wird gebeten, diese in die Erarbeitung von ALEKSA 2030 einzubeziehen.

Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit:

Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)

Weitere Maßnahmen:

Satz und Druck der Broschüre (Landesgeschäftsstelle)

Finanzen:

300,00 Euro maximal für den Druck der Broschüre

Die Vorlage wurde abgestimmt mit: -

Den Beschluss sollen erhalten:

Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinatorin

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

f.d.R.

Dresden, den 4. Februar 2017



Antje Feiks - Landesgeschäftsführerin

Beschlossen von ADELE. Sachsen – Landestreffen 03.10.2015 (aktualisierte Fassung)**0. Einleitung****Einheitsfrontlied gegen den Hunger:**

Und weil der Mensch ein Mensch ist, drum braucht er was zu essen, bitte sehr. Es macht ihn ein Geschwätz nicht satt, das schafft kein Essen her.

Auf der Welt hungern trotz hehrer politischer Postulate immer noch 800 Millionen Menschen. Sie hungern hauptsächlich in Afrika, Teilen Lateinamerikas und Südasiens. Die wohlgenährte Seite der Welt dagegen verramscht, vernichtet und verteilt in regelmäßigen karitativen Hilfsaktionen Brosamen ihrer landwirtschaftlichen Überproduktion. Diese Ungerechtigkeit wurde ererbt aus kolonialen Vorzeiten, aber sie wird politisch in die Zukunft fortgeschrieben – u.a. durch die Exportorientierung der führenden Landwirtschaften oder auch durch die Bemühungen um Freihandelsabkommen der EU mit den USA oder Kanada.

Dabei hat die Erde genug Kraft, auch 10 Milliarden Menschen zu ernähren – wenn ihre vielseitigen Ressourcen in jeder Region von und für die Menschen der Region maßvoll entwickelt und genutzt werden und zwar ganz ohne die trügerischen Heilsversprechen der Hochrisikotechnologie Grüne Gentechnik nutzen zu müssen. Maßvoll schließt ein, dass verfestigte ungesunde Ernährungs- und gedankenlose Verbrauchsgewohnheiten in den reichen Industrienationen, also der inzwischen stagnierende, dennoch viel zu hohe Fleischkonsum und die dramatische Lebensmittelverschwendung, auf ein vernünftiges Niveau zurückgeführt werden. Das ist notwendig, um weltweit Flächenkonkurrenzen abzubauen, aber auch um das verheerende Modellvorbild eines zukunftsfeindlichen Lebensstils zu korrigieren. Eine solche „Entwicklungshilfepolitik“ eröffnet neue spannende Perspektiven – für die Landwirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern, aber auch für Europa und in Deutschland.

Agrarpolitik ist mehr als Produktion von Lebensmitteln und nachwachsenden Rohstoffen in ausreichender Qualität und Quantität. Die heutige Gesellschaft verlangt darüber hinaus die Einhaltung von steigenden Sozial-, Umwelt- und Tierschutzstandards in der Produktion selbst, sie fordert eigenständige Beiträge zum Klimaschutz, zum Erhalt der biologischen Vielfalt, zur Pflege von Kulturlandschaften, sie mahnt faire globale Handelsbeziehungen an. Multifunktional sowie sozial, ökologisch, tiergerecht und entwicklungspolitisch nachhaltig – eine solche Landwirtschaft muss sich stärker an der Region und an der Qualität ihrer Produkte orientieren. Die allgemeinen kapitalistischen Markt- und Fördermechanismen torpedieren eine solche Entwicklung mit dem Verweis auf eine steigende Nachfrage einer wachsenden Weltbevölkerung.

Die Lösung dieses gesellschaftlichen Konflikts ist von ebenso existentieller Bedeutung wie die Frage nach dem Energiesystem der Zukunft. Den Kurs in Europa bestimmen dabei die Mitgliedsstaaten, den Kurs in Deutschland die Bundesländer. Verantwortung darf deshalb nicht delegiert werden. Es kommt auf den politischen Willen zur Kursänderung in der Landwirtschaft an – auch in Sachsen.

1. Charakteristik der sächsischen Landwirtschaft (Quelle: Agrarbericht 2015)

Die sächsische Landwirtschaft wird geprägt von über 5.600 (5.637) Landwirtschaftsbetrieben der verschiedensten Rechtsformen, wobei Agrargenossenschaften mit einem Anteil von weniger als 3,5% (3,32% = 187 Betriebe) 29% der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschaften. Knapp 30.000 (28.900) Arbeitskräfte sind im Bereich der Agrar-, Forst- und Fischereiwirtschaft tätig, was dennoch lediglich einem Anteil von 1,4% an der berufstätigen Bevölkerung in Sachsen entspricht.

Die sächsische Landwirtschaft ist technisch modern, hoch effektiv und wirtschaftet weit überwiegend konventionell – ganz ohne Gentechnik. Bei einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von etwas über 900.000 (903.200) ha in Sachsen entfallen ca. 80% (78,6) auf den Ackerbau und 20% (20,8) auf die Grünlandnutzung. Dabei bieten die Lommatzscher und Großenhainer Pflege sowie die Leipziger Tieflandsbucht die besten naturräumlichen Bedingungen in Sachsen, während die sächsischen

54 Heidegebiete sowie die Mittelgebirgslagen mäßige Ertragsbedingungen aufweisen. Die gegenwärtige
55 Viehdichte erscheint trotz enormer Investitionen in den letzten Jahren in Folge staatlicher
56 Förderprogramme mit einem landesweiten Durchschnitt von 0,55 GV durchaus moderat, allerdings sind
57 starke regionale Konzentrationsprozesse zu verzeichnen.

58 Die Fischwirtschaft in Sachsen bewirtschaftet rund 8.400 ha Karpfenteiche, eine Vielzahl von
59 Forellenteichen und -anlagen sowie drei Warmwasserkreislaufanlagen. Dabei nimmt die Produktion von
60 Karpfen mit 90% den Hauptanteil ein. (Quelle: Internetseite SMUL).

61 Im Gesamtkontext aller deutschen Bundesländer erzeugt Deutschland bereits heute einen deutlichen
62 Milch- und Fleischüberschuss. Der Selbstversorgungsanteil lag in Deutschland bei Rindfleisch im Jahr
63 2014 bei 111%, bei Milch bei 107% und bei Geflügel bei 113%. Lediglich bei der Produktion von Eiern ist
64 Deutschland bei 68% Selbstversorgung auf Importe aus der EU angewiesen,. Sachsen erreicht. bei Milch
65 einen Selbstversorgungsanteil von 115%, bei Rindfleisch von 66%, bei Geflügel von 45% und bei Eiern von
66 102%. (Quelle: SMUL Agrarstatus).

67
68 Nicht gerecht werden kann die sächsische Landwirtschaft allerdings der Nachfrage nach ökologischen
69 Produkten. Das politisch avisierte Ziel von 10 % Ökolandbaufläche wird mit 4,1% (37.424 ha) in 2015
70 deutlich verfehlt. Lediglich 7,6% der Agrarunternehmen in Sachsen wirtschaften ökologisch auf
71 überwiegend kleinen Flächen.

72

73 **2. Die wirkungsbezogene Bewertung der landwirtschaftlichen Produktionsweisen**

74

75 Die intensive landwirtschaftliche Produktion erzielt ihren Effektivitätsvorteil aus ihrer
76 Hochleistungsorientierung. In der Tierhaltung heißt das, dass spezielle Hochleistungsrassen in großen
77 industriellen Anlagen bei geringem Arbeitskräfteeinsatz zum Einsatz kommen. In der konventionellen
78 Pflanzenproduktion gelingt dies über Hochleistungssorten in Verbindung mit einem intensiven Dünger,-
79 Agrochemie- und Technikeinsatz. Lange versuchten einzelne Landwirte*innen dafür, auch die grüne
80 Gentechnik in Sachsen hoffähig zu machen. Sie scheiterten bis in die Gegenwart hauptsächlich an der
81 fehlenden öffentlichen Akzeptanz. Allerdings besteht die Gefahr, dass bei Zustandekommen des
82 Freihandelsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA die Grüne Gentechnik durch die Hintertür
83 salonfähig gemacht wird.

84

85 Die Agrarwirtschaft ist als Teil der Gesamtwirtschaft verantwortlich für bis zu 31% klimarelevanter
86 Emissionen (13,5% verursacht die Landwirtschaft, 17,4% die Landnutzung) (Quelle: Weltagrarbericht
87 2009). Der Ausstoß der Treibhausgase Methan, Lachgas und CO₂ resultiert aus der Nutzung fossiler
88 Brennstoffe, von Mineraldünger und Pestiziden, aus der Umwandlung von Grünflächen In Ackerland sowie
89 aus der Tierhaltung. In Deutschland entfallen 7,3% der Treibhausgase auf die Tier- und
90 Pflanzenproduktion und 4,2% auf die Landnutzung/Nutzungsänderung (Quelle: UBA,
91 Klimaschutzgutachten 2016).

92 Dagegen steht ein ökologisches Produktionssystem, bei dem auf extensive Tierhaltung und
93 humusbildende Bodenbewirtschaftung abgestellt wird. Es wird verzichtet auf chemische
94 Pflanzenschutzmittel, synthetischen Dünger und Grüne Gentechnik. In der Viehhaltung setzt man auf
95 tiergerechte Haltungssysteme und Mehrnutzungsrassen, deren Futterbedarf überwiegend auf eigenen
96 Flächen erzeugt wird.

97

98 Bei der Bewertung, welches der landwirtschaftlichen Produktionssysteme für die Gesellschaft vorteilhaft
99 ist und damit politisch besonders unterstützt werden sollte, müssen ihre Wirkungen auf Klima, Umwelt,
100 Tiergesundheit, die Entwicklung der ländlichen Räume sowie die internationale Landwirtschaftspolitik
101 betrachtet werden. Dabei kann es schon aus Gründen der objektiv vorhandenen Flächen- und
102 Betriebsstruktur in Sachsen keine klare Präferenzierung von ökologischem oder konventionellem
103 Produktionssystem geben. Vielmehr gilt es, die Mindestanforderungen für eine umwelt- und tiergerechte
104 landwirtschaftliche Produktion kontinuierlich anzuheben.

105

106 **2.1. Verantwortung für Umwelt-, Tier- und Klimaschutz**

107 In Sachsen gibt es bereits heute mehr als 150 große, nach Bundesimmissionsschutzgesetz
108 genehmigungspflichtige Tierhaltungsanlagen, weitere befinden sich in Planung. Der Verweis auf

109 insgesamt unterdurchschnittliche Viehbesatzdichten in Sachsen verschleiert die Entwicklungstendenz in
110 der sächsischen Tierproduktion, weil sie regionale Konzentrationsprozesse ausblendet. Aber gerade
111 darauf ist zu achten – insbesondere im Hinblick auf regionale Umwelt- und Gesundheitsbelastungen. Im
112 Landkreis Bautzen verringerte sich beispielsweise die Zahl der hühnerhaltenden Betriebe zwischen 1999
113 und 2010 auf 60 %, die Tierbestände dagegen schossen auf 280%.(Quelle: Regionaldaten Kreisstatistik
114 Sachsen) Das ist das klassische Bild eines Wachsen-oder-Weichen-Prozesses, der deutlich macht, dass in
115 keinem Fall nachhaltige Arbeitsplatzeffekte durch große Tierhaltungsanlagen zu erwarten sind.

116
117 Intensive Tierhaltungsanlagen sind sowohl aus Sicht des Tierschutzes als auch betriebswirtschaftlich
118 problematisch. In der Milchviehhaltung gilt die Lebensdauer der Kühe als eine der wesentlichen
119 wirtschaftlichen Kennziffern. Aber auf Hochleistung konditionierte Tiere erkranken häufiger und leben
120 kürzer – trotz immenser Medikamentengaben. Insbesondere der präventive Einsatz von Antibiotika birgt
121 durch die Herausbildung von Resistenzen unverantwortliche Risiken für die Humanmedizin.
122 Mehrnutzungen (Fleisch und Milch, Fleisch und Eier) sind ausgeschlossen, was u.a. bei der
123 Legehennenzucht zur hoch umstrittenen, weil tierschutzwidrigen Tötung männlicher Küken führt.

124
125 Außerdem können intensive Tierhaltungsanlagen mit hohen Tierbeständen ihren Futtermittelbedarf nicht
126 mehr über betriebseigene Flächen decken und sind auf Zukäufe angewiesen. Schwierig gestaltet sich
127 auch die Entsorgung von Gülle und Mist. Dadurch ergeben sich einerseits zusätzliche Transport- und
128 Verwertungsaufwendungen. Andererseits bindet insbesondere die Produktion von Eiweißkraftfutter (Soja)
129 häufig im Ausland Flächen, die der dortigen Lebensmittelproduktion entzogen werden. Zusätzlich öffnet
130 ein solcher globaler Futtermittelverkehr der grünen Gentechnik Tür und Tor und birgt hohe Risiken für die
131 Verbraucher aufgrund schwer kontrollierbarer Manipulations- und Verunreinigungsquellen
132 (Futtermittelskandale).

133
134 In der Pflanzenproduktion werden die ersten Auswirkungen des Klimawandels deutlich. Gerade an
135 Standorten mit ungünstigen natürlichen Bedingungen (Ungunststandorten) werden in Zukunft höhere
136 Produktionsaufwendungen notwendig, denn zunehmend muss gerade in Ost- und Nordsachsen verstärkt
137 bewässert werden, um Erträge zu sichern.

138
139 Eine weitere Folge einer intensiven Pflanzenproduktion ist die Verarmung der Böden sowie die
140 Verunreinigung des Grundwassers durch hohe (Schad)Stoffeinträge
141 (Nitrat/Phosphat/Pflanzenschutzmittel). Gemäß der bereits seit dem Jahr 2000 geltenden europäischen
142 Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) sollten bis Ende 2015 alle Gewässer in der EU einen guten
143 Erhaltungszustand aufweisen. In Sachsen wird die Zielstellung weit verfehlt. Etwa 24% der sächsischen
144 Grundwasserkörper (Quelle: Agrarbericht 2015) und 5% der Oberflächenwasserkörper befinden sich
145 beispielsweise aktuell wegen des Parameters Nitrat in einem schlechten chemischen Zustand. Wälder
146 tragen mit einem Anteil von etwa 20 % und die Landwirtschaft zu einem Anteil von knapp 50% zu
147 Stickstoffeinträgen in das Ökosystem Wasser bei.

148
149 Ein weiteres Ergebnis dieser intensiven Produktionsstrategie ist der auch in Sachsen andauernde
150 Artenschwund in der Agrarlandschaft, der bisher weder durch Projekte im Rahmen des „Programms zur
151 biologischen Vielfalt im Freistaat Sachsen“ oder Agrarumweltmaßnahmen gebremst werden konnte,
152 hauptsächlich weil sie personell und finanziell unterfinanziert und/oder die Antragsstellung zu aufwendig
153 ist.

154 155 **2.2. Verantwortung für die Entwicklung der ländlichen Räume**

156 Die Preise für viele landwirtschaftliche Produkte sind in Deutschland im Vergleich zu hiesigen
157 Durchschnittseinkommen aber auch verglichen mit Lebensmittelpreisen in Europa niedrig. Lediglich 13,7
158 % (Statistisches Bundesamt, Private Konsumausgaben Nahrungsmittel 2014) des durchschnittlichen
159 Haushaltseinkommens geben Deutsche für ihre Nahrung aus. In Osteuropa liegt der Anteil schnell bei
160 über 30 %, in Frankreich und Italien bei 15 – 20 %.

161
162 Im Umkehrschluss verdienen Beschäftigte in der Landwirtschaft immer noch unterdurchschnittlich: In
163 Sachsen erhielt ein*e Arbeitnehmer*in noch im Jahr 2015 mit einem Bruttolohn von 23.906 Euro im Jahr
164 lediglich 74% (Quelle: SMUL, Agrarstatus) eines*r sächsischen Durchschnittsverdieners*in. Die
165 Einführung des flächendeckenden Mindestlohnes auch in der Landwirtschaft war deshalb überfällig.

166 Trotzdem werden ländliche Räume – zwar inzwischen in abgeschwächtem Maß – weiter geprägt von
167 Abwanderung junger Menschen, insbesondere junger Frauen. Auch wenn Grüne Berufe – u.a. durch eine
168 inzwischen hohe Technisierung und Automatisierung – an Attraktivität für junge Menschen gewinnt, fehlen
169 weiter Auszubildende, um die Altersabgänge auszugleichen. Auch das verstärkt den Intensivierungsdruck.
170

171 Demgegenüber wachsen die Produktionsaufwendungen parallel zum Anstieg der Energie-, Futter- oder
172 Düngemittelpreise sowie die klimatischen Unwägbarkeiten (Ernteauffälle wegen
173 Hochwasser/Starkniederschläge/Frühjahrstrockenheit) als Folge des bereits spürbaren Klimawandels.
174

175 Konzentrationsprozesse finden auch statt in der verarbeitenden Nahrungsmittelindustrie. Gab es
176 beispielsweise im Jahr 1991 noch 30 Molkereien in Sachsen, arbeiten heute zwei weltweit agierende
177 Molkereien und fünf kleine bis mittlere. Insgesamt ist die Verarbeitungskapazität für Milch in Sachsen
178 größer als die hier erzeugte Menge. Dagegen gibt es seit dem Rückzug des Unternehmens Gausepohl
179 Fleisch aus Chemnitz im Jahr 2012 keinen großen Schlacht- und Zerlegungsbetrieb für Schweine und
180 Rinder in Sachsen mehr. Aktuell schlachten drei größere Betriebe in Sachsen ausschließlich Schweine
181 und weitere vier Schlachthanlagen sind auf deutlich geringere Kapazitäten ausgelegt. (Quelle: DS 6/1838).
182 Das produziert zusätzlichen Verkehr.

183
184 Im Verbund mit der Marktmacht des Lebensmitteleinzelhandels stehen den Landwirtinnen und
185 Landwirten gut organisierte Partner mit starken Verhandlungspositionen gegenüber, die bei einem
186 allgemeinen Überangebot von Nahrungsmitteln wenig Interesse an erzeugergerechten Preisen haben.
187 Daraus resultieren absurde Preisunterbietungskämpfe großer Handelsketten, besonders der Discounter,
188 die regelmäßig zu Protesten der Landwirte führen.

189
190 Landwirt*innen stehen vor der schwierigen Entscheidung, auf den wachsenden Existenzdruck durch
191 fortgesetztes Wachstum zu reagieren oder innerhalb ihrer Region auf hohe Qualität, Kooperation und
192 Eigenvermarktung zu setzen.

193
194 **2.3. Verantwortung für Entwicklungs- und Schwellenländer**
195 Die deutsche/sächsische Überproduktion von Nahrungsmitteln wird zum größten Teil im europäischen
196 Raum abgesetzt. Bereits aus diesem Warenverkehr ergeben sich teilweise unnötige
197 Transportaufwendungen sowie Verbraucherschutzprobleme aufgrund zahlreicher potentieller
198 Verunreinigungsquellen. Ein kleiner Teil der Überproduktion gelangt jedoch auch in Entwicklungs- und
199 Schwellenländer. So hat sich der Wert des deutschen Agraraußenhandels von 2006 zu 2015 in die
200 Entwicklungsländer sowie nach Asien jeweils auf das 3,5-fache vergrößert (Quelle: Deutscher
201 Agraraußenhandel 2015). Die dortigen kleinbäuerlichen Strukturen können aber schon durch geringe
202 europäische Importanteile an agrarischen Produkten empfindlich gestört werden. Die Folge davon sind
203 Verarmung und Landflucht sowie Flüchtlingsströme, die bis nach Deutschland reichen. Statt
204 Freihandelsabkommen, die die einheimischen Produzenten*innen in Konkurrenz zu Billigimporten aus der
205 EU und den USA setzen und sie am Ende vernichten, sind die Prinzipien des fairen Handels, die soziale
206 und ökologische Aspekte vor den finanziellen Gewinn setzen, als Beitrag zu einer nachhaltigen
207 Entwicklung zu bevorzugen.

208
209 Eine ethisch verantwortungsvolle Agrarwirtschaft muss sich am Leitbild der Ernährungs-souveränität
210 orientieren, d.h. Grundnahrungsmittel sollen vorwiegend regional produziert und vermarktet werden.
211 Kleinbauern*innen brauchen Zugang zu produktiven Ressourcen wie Land, Wasser und vor allem Saatgut.
212 Staaten sollen sich gegen die Einfuhr subventionierter Lebensmittel schützen können.
213

214 **3. Politische Handlungserfordernisse/Entwicklungsmöglichkeiten**

215
216 Ziel einer Agrarpolitik aus Sicht der LINKEN sollte eine multifunktionale, flächendeckende Landwirtschaft
217 sein, die den Bedarf an Grundnahrungsmitteln in einer hohen Qualität mit einer umwelt- und
218 tiergerechten Produktionsweise in regionalen Wirtschaftskreisläufen sichert und für ihre Produkte
219 existenzsichernde Erzeugerpreise als Voraussetzung für gute Löhne für die Beschäftigten in der
220 Landwirtschaft realisieren kann. Die Erzeugung von Nahrungsmitteln hat Vorrang vor Industrie- und
221 Energierohstoffen. Dazu sind nachfolgende Entwicklungen politisch zu unterstützen:
222

- 223 1. Kostendeckende Erlöse als Basis für existenzsichernde Löhne
224 Die Bemühungen der Landwirte*innen, für qualitativ hochwertige Nahrungsmittel
225 kostendeckende Erlöse zu erhalten, sind zu unterstützen, z. B. durch die Festsetzung von
226 Preisuntergrenzen oder die Förderung von Erzeugerzusammenschlüssen. Dadurch u. U. steigende
227 Lebensmittelpreise sind für Menschen mit geringen Einkommen durch steigende Sozialleistungen
228 auszugleichen.
- 229
- 230 2. Binnenmarkt statt Weltmarkt – Eigenproduktion statt Import
231 Die landwirtschaftliche Produktion ist vorrangig auf die Versorgung des Binnenmarktes (regionale
232 Wirtschaftskreisläufe) zu orientieren. Zur Erkennbarkeit für die Verbraucher*innen ist die
233 Herkunft der Produkte kenntlich zu machen. Exporte von Lebensmitteln in großen Mengen, vor
234 allem in Entwicklungs- und Schwellenländer, sind abzulehnen, um die dortige Eigenversorgung
235 nicht zu zerstören und hier den Intensivierungsdruck zu verringern. Der bodengebundenen
236 Tierproduktion mit Eigenerzeugung von Futter ist vor Importen von Futtermitteln der Vorrang zu
237 geben. Besonders die Freihandelsabkommen mit den afrikanischen Ländern (EPA – EU mit
238 ostafrikanischen Ländern) tragen zur Vernichtung der Agrarmärkte in diesen Ländern bei.
- 239
- 240 3. Freihandelsabkommen TTIP und CETA ablehnen
241 Die geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) sowie Kanada (CETA)
242 sind abzulehnen, weil sie das Einfallstor für die bisher abgelehnte Grüne Gentechnik in Europa
243 wären, weil sie Verbraucher*innen-, Umwelt- und soziale Standards aufweichen und
244 demokratische Rechte der Staaten durch private Schiedsgerichte ersetzen wollen.
- 245
- 246 4. Klimaschutz/Förderung Ökolandbau:
247 Die Klimabelastung der landwirtschaftlichen Produktion resultiert aus zu hohem Düngereinsatz,
248 Tierbesatz und intensiver Bodenbewirtschaftung. Es sind daher gezielt Produktionsmethoden zu
249 fördern, die den Mineraldüngereinsatz reduzieren, das Anbaumanagement im Ackerbau
250 optimieren, Erosionen vermeiden, eine standortgerechte, flächengebundene Tierhaltung
251 berücksichtigen und den spezifischen Energieeinsatz verringern bzw. aus eigener Erzeugung
252 (Bioenergie) decken. Der Ökolandbau erfüllt diese Kriterien vollumfänglich und ist deshalb
253 besonders zu fördern. Eine Teilumstellung von Flächen auf Ökolandbau sollte angesichts
254 niedriger Zuwachsraten im Bereich trotz hoher staatlicher Prämien weiterhin möglich sein. Die
255 fachliche Beratung ist auszubauen.
- 256
- 257 5. Intensivierung der landwirtschaftlichen Forschung:
258 Die (ökologische) Züchtungsforschung bei Pflanzen ist mit den Zielen einer genetischen Vielfalt
259 bei hoher Pflanzengesundheit sowie guter Ertrags- und Qualitätsstabilität und
260 Klimawandeltoleranz sowie bei Tieren mit den Zielen Robustheit, Lebensdauer, Mehrfachnutzung
261 finanziell stärker zu fördern. Forschung zu genetischen Veränderungen von Pflanzen und Tieren
262 ist dagegen abzulehnen.
- 263
- 264 6. Agrogentechnik
265 Der Einsatz von gentechnisch veränderten Pflanzen und Tieren ist abzulehnen – sowohl aus
266 Gründen des Schutzes für die Biodiversität als auch aus agrarischen Gründen, denn der
267 Hunger der Welt ist ein Verteilungs- und Eigentumsproblem und kein Problem der
268 Produktionsquantitäten.
- 269
- 270 7. Flächeninanspruchnahme
271 Die fortgesetzte Inanspruchnahme und Versiegelung landwirtschaftlicher Nutzflächen durch
272 Infrastrukturmaßnahmen, Siedlungsbau, Rohstoffgewinnung ist deutlich zurückzuführen.
273 Naturschutzfachliche Ausgleichsmaßnahmen sollen gezielt der Entsiegelung von Brachflächen
274 und Aufwertung von strukturarmen Landschaften dienen.
- 275
- 276 8. Sicherung des landwirtschaftlichen Bodens für die Landwirte*innen

277 Der Konzentration landwirtschaftlicher Flächen in den Händen von finanzstarken
278 außerlandwirtschaftlichen Investoren aufgrund steigender Rentabilitäten von Boden und
279 Agrarbetrieben ist entgegenzuwirken, in dem staatliche Interventionsmaßnahmen im Boden- und
280 Grundstücksverkehr bei Gefährdungen der Agrarstruktur gesetzlich gestärkt werden. (siehe:
281 Landtagsfraktion Die LINKE Sachsen: Entwurf Agrarstrukturverbesserungsgesetz – Bodenfonds -
282 2014)

283 **9. Biologische Vielfalt:**

284 Programme zur Förderung der biologischen Vielfalt sowie zur Biotopvernetzung sind finanziell
285 auszubauen, die Antragstellung ist zu entbürokratisieren, die Förderbedingungen für
286 Agrarumweltmaßnahmen sind zu vereinfachen.

287 Schlussfolgerungen aus einzelnen Umweltzustandserhebungen (Wald, Wasser, Luft, Boden) sind
288 im Sinne einer Gesamtökobilanz zu ganzheitlichen staatlichen Handlungserfordernissen
289 zusammenzuführen.

290

291 **10. Bildung:**

292 Die Umwelt- und Ernährungsbildung als Voraussetzung zur Erhöhung umwelt-, gesundheits- und
293 mengenbewussten Nahrungsmittelkonsums, insbesondere zur Senkung des Fleischkonsums, ist
294 gezielt auszubauen:

- 295 a. Schulküchen – Schulinvestitionsprogramm ergänzen durch Förderung von Schulküchen
 - 296 b. (Praktische) Ernährungskunde als Bestandteil des sächsischen Bildungsplanes
 - 297 c. Beteiligung an(europäischen) Förderprogrammen, u.a. Schulfruchtprogramm
 - 298 d. Unterstützung der Studierendenwerke bei entsprechenden Initiativen
- 299

300 **11. Verbraucherschutz:**

301 Zur Erhöhung des Verbraucher*innenschutzes sind die Landes- und kommunalen Kontrollorgane
302 personell und finanziell aufzustocken. Konsequenz ist auf die Verringerung des Medikamenten-
303 und Antibiotikaeinsatzes hinzuwirken.

304 Durch Maßnahmen der staatlichen Öffentlichkeitsarbeit begleitet durch wirtschaftsgetragenes
305 Marketing sind Bewusstsein und Wertschätzung für qualitativ hochwertige, regionale und
306 saisonale Lebensmittel zu fördern, um der Lebensmittelverschwendung zu begegnen.

307

308 **12. Tierschutz:**

309 Zur Erhöhung des Tierschutzes in der Nutztierhaltung ist auf die Einführung einer Zertifizierung
310 für Tierhaltungssysteme (Tierschutz-TÜV) hinzuwirken und Investitionsförderungen an höchste
311 wissenschaftliche Standards bei Haltungssystemen zu binden. Die flächendeckende Einführung
312 des zweistufigen Tierschutzlabels „Für Mehr Tierschutz“ ist zu unterstützen.

313

314 **13. Fairer Handel**

315 Beim globalen landwirtschaftlichen Warenverkehr sind Regularien zu schaffen, die soziale und
316 ökologische Mindestanforderungen voraussetzen. Hier ist mit Non-Profit-Organisationen ein
317 Katalog von Anforderungen zu entwickeln.

318

Anlage 1

Aktivitäten der Fraktion DIE LINKE in der 5. und 6. Wahlperiode zum Thema Landwirtschaft/Ernährung/Boden/Gentechnik

Antrag:

Einsatz von Pflanzenschutzmitteln mit den Wirkstoffen Clomazone und Glyphosat stärker reglementieren und Auswirkungen weiter erforschen (DS 6/2666)

Antrag:

Teilnahme Sachsens am Schulobstprogramm der Europäischen Union (DS 6/252)

Gesetzentwurf:

Gesetz zur Einführung eines Sächsischen Agrarstrukturverbesserungsgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften (DS 5/10554)

Antrag:

Anbauverbot für gentechnisch veränderten TC 1507-Mais, MON 810-Verbot aufrecht erhalten, Agrogentechnik-Zulassungen auf den Prüfstand (DS 5/13373)

Antrag:

Rückstände glyphosathaltiger Pflanzenschutzmittel effektiv überwachen und den Einsatz dieser Mittel in Sachsen einschränken (DS 5/6372)

Große Anfrage:

Strukturen der Tierhaltung und Stand des Tierschutzes in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung in Sachsen (5/6292)

Antrag:

Sicherstellung des Erwerbs der verbliebenen landwirtschaftlichen Flächen der BVVG durch den Freistaat Sachsen – Treuhandflächen nicht zu Spekulationsobjekten werden lassen und Umweltziele erfüllen (DS 5/5322)

Antrag:

8-Punkte-Programm für gentechnikfreie Landbewirtschaftung (DS 5/5321)

Antrag:

Zukunftsweisenden Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2013 (DS 5/4277)

Anlage 2

Kathrin Kagelmann
Sprecherin für Agrarpolitik

17. 12. 2010

Positionspapier

zur künftigen Ausrichtung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) aus linker Sicht

Hintergrund:

Mit den Verhandlungen zur neuen europäischen Finanzperiode 2014 – 2020 und dem Auslaufen der Verordnungen zu den Strukturfonds Ende 2013 befindet sich die Europäische Union in einer bedeutenden Debatte um die künftige Ausgestaltung der gemeinsamen europäischen Politik.

Für die GAP werden annähernd 60 Mrd. Euro im EU-Haushalt bereitgestellt. Das entspricht einem Anteil von mehr als 40 % des Gesamt-EU-Etats.

Das Finanzierungsmodell im Landwirtschaftssektor bedient sich zweier Säulen: Aus der I. Säule werden die betrieblichen Direktzahlungen gezahlt. Die II. Säule dient der Entwicklung des ländlichen Raumes allgemein, einschließlich von Agrarumweltmaßnahmen. Im Gegensatz zur I. Säule müssen die Mittel der II. Säule von den Mitgliedsstaaten kofinanziert werden.

Historie:

Die Europäische Agrarpolitik wurde erstmals 1957 vertraglich geregelt. Die damals formulierten Ziele des Vertrages bestanden in der

- Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft durch Förderung des technischen Fortschritts/Rationalisierung
- Gewährleistung eines angemessenen Pro-Kopf-Einkommens der Beschäftigten in der Landwirtschaft
- Stabilisierung der Märkte
- Sicherung der Versorgung mit preiswerten Lebensmitteln.

Diese Ziele wurden trotz mehrerer Reformen der GAP ab dem Jahr 1992 auch im aktuellen Vertrag der EU (Lissabon-Vertrag) wortgleich übernommen.

Allgemeine Lagebeschreibung:

Die heutige europäische, aber insbesondere auch deutsche Landwirtschaft ist von hoher Produktivität gekennzeichnet, die auf einer kleiner werdenden Fläche mit einer sinkenden Anzahl von Beschäftigten eine wachsende Masse hochwertiger Lebensmittel und landwirtschaftlicher Rohstoffe produziert und dabei einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Kulturlandschaften leistet.

Beispiel Sachsen: Seit 1991 ging der Anteil der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft um 60% zurück. Im gleichen Zeitraum stieg die Bruttowertschöpfung je Arbeitskraft um den Faktor 4.

Die Leistungsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft führt dazu, dass die EU seit 2003 der weltweit größte Exporteur von Agrarprodukten vor den USA und Brasilien ist.

Die Direktzahlungen aus der I. Säule an die Betriebe sind an zahlreiche Auflagen aus verschiedenen Bereichen (Grundanforderungen an die Betriebsführung u.a. zu Naturschutz, Tierkennzeichnung, Erosionsschutz, Lebens- und Futtermittelsicherheit; bekannt als *Cross-Compliance-Vorschriften*) gebunden. Neben Umweltverbänden bemängeln jedoch das Bundesamt für Naturschutz und der Sachverständigenrat für Umweltfragen anhaltend, dass durch die Vorgaben keine Verbesserungen insbesondere im Bereich der Artenvielfalt aber auch bei Stoffeinträgen in Gewässer eintreten.

Aus den Mitteln der II. Säule soll mithilfe zahlreicher Landesprogramme auf Grundlage des EPLR (Entwicklungsplan ländl. Raum) u.a. durch Investitionszuschüsse die Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe gestärkt, durch Agrarumweltprogramme der Zustand von Natur und Landschaft verbessert und u.a. durch Förderung des Fremdenverkehrs und Dorferneuerung lebenswerte Dorfstrukturen gefördert werden.

Die Landwirtschaft steht global, europaweit und national vor neuen Herausforderungen:

- Verlust der Biodiversität (Beispiel Sachsen: alarmierende Zustände bei Vogelarten der offenen Feldflur – Bodenbrüterprogramm)
- Beitrag zum Klimaschutz und steigende Anforderungen an nachhaltigen Energiepflanzenanbau
- Nachhaltiges Boden- und Wassermanagement
- Ernährungssicherheit
- Arbeitsplatzverluste in der Landwirtschaft und Landflucht

Unabhängig von der ethischen Dimension der einzelnen Faktoren hängt von der Annahme und produktiven Bewältigung der Herausforderungen die ökologische, soziale und ökonomische Basis künftiger Gesellschaften ab. Sie ist damit existentiell für die Sicherung der Ernährung, der Lebensverhältnisse und des Rohstoffbedarfs kommender Generationen.

Auch in Sachsen ist das Problem der sich entleerenden ländlichen Räume evident. Der sächsischen Landwirtschaft fehlen jährlich etwa 500 Auszubildende in Grünen Berufen. Der Fachkräftemangel und zunehmend ungeklärte Betriebsnachfolgen sind u.a. Folge einer unterdurchschnittlichen Entlohnung im Agrarbereich. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes liegt der Brutto-Durchschnittsverdienst im Agrar- und Forstbereich mit 10,- € pro Stunde noch unter dem Lohnniveau des Hotel- und Gaststättengewerbes in Sachsen.

Globale Wirkungen/ Fehlentwicklung der GAP:

Förderung einer Überschussproduktion und Exportsubventionierung

Die hochproduktive Landwirtschaft Europas erzeugt Überschüsse, die mittels hoher Exportsubventionen und staatlicher Interventionsinstrumente (Aufkauf/Lagerung) erst auf dem Weltmarkt handelsfähig werden. Diese Eingriffe in den Agrarmarkt konnten starke Schwankungen und tendenziell zu niedrige Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse nicht verhindern. Im Ergebnis wächst der Konkurrenzdruck innerhalb des Agrarsektors, es vollziehen sich schmerzhaft Konzentrationenprozesse („Wachsen oder Weichen“).

Gleichzeitig ist die Mär von der Ernährung der Welt durch die industrialisierten Länder nicht aufrechtzuerhalten – beispielsweise kommen die Eiweißfuttermittel für die europäische Tierproduktion mittlerweile zu etwa 78% aus Übersee, vorwiegend Südamerika.

Verheerend ist die Überschussproduktion und Exportsubventionierung ebenso aus entwicklungspolitischer Sicht. So weisen zahlreiche Entwicklungshilfeorganisationen daraufhin, dass das Angebot von billigen (weil subventionierten) Agrarprodukten aus Europa auf dem Weltmarkt die Erzeugerstrukturen in Entwicklungsländern zerstört.

Ziele einer neuen GAP:

- Entwicklung einer flächendeckenden, multifunktionalen Landwirtschaft
- Nachhaltige Lebensmittel- und Rohstoffbereitstellung über regionale Kreisläufe
- Erhalt einer artenreichen Kulturlandschaft und aktiver Beitrag zum Klimaschutz
- Sicherung lebenswerter ländlicher Regionen

Modell der LINKEn (vgl. Anlage):

Das Konzept wurde im Frühjahr 2010 auf einer mehrtägigen Klausur von Abgeordneten und Beraterinnen und Beratern der Fraktionen der LINKEn aus Landtagen und Bundestag sowie Vertretern der BAG Agrarpolitik/ ländlicher Raum beim Parteivorstand DIE LINKE erarbeitet. Es bezieht sich zunächst allein auf die I. Säule.

Die LINKE hält vorerst an dem eingeführten Zwei-Säulen-Modell fest. Allerdings wollen wir die flächenbezogenen Direktzahlungen der I. Säule an konkrete ökologische (Umweltprämie) und soziale (Arbeitsprämie) Kriterien binden. (vgl. Anlage)